

Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Ma
Erg 22 Juli 1933

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Gezeilspalte, Seite 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Leihbreite 1,30 RM.

Nr. 30.

Berlin, 21. Juli 1933.

14. Jahrg.

Anhalt; z. 297: Nationalsozialismus im Baltikum. / z. 299: Die Polen bei Weidlich; Weidlich. / z. 302: Ein Arbeiterband der Weica. — Werner Clunif: Christliches Arbeiterreform. — Christen überwindet die Arbeiterökonomie. / z. 303: Die Personalverwaltung knüpft nun die Ernennung, daß die junge Generation, die bisher vom Schmeigen beurteilt war oder wenigstens absäus fand, zur Mitarbeit herangezogen wird.

deutscher Kämpferinnen ansetzt. / z. 306: Ehebüchse Jugend an die Avant! — Aus dem endlich zurückgetreten. „Machtkäse“ und „Gendertrotz“. — „Neben oder Zitiert?“ / z. 307: Ein entscheidender Schritt zum nationalsozialistischen Nationalismus in Danzig. — Bewegung. — Die baltischen Staaten. / z. 308: Der politische Nationalismus in Letten. / z. 309: Stimmungen des Bundes Deutscher Osten. — Vertriebsüberlegungen etc.

Nationalsozialismus im Baltikum.

Der Führer der deutschen Fraktion im lettischen Parlament, Dr. Paul Schiemann, ist nun endlich von seinem Posten als Chefredakteur der „Rigischen Rundschau“ zurückgetreten. Die Zeitung der Zeitung hat Ferdinand o. Uexküll, der bisherige Schriftleiter der in Wien erscheinenden deutschen Minderbeträchtlichkeit, „Nation und Staat“, übernommen (auf dessen Veranlassung).

An diese Personalübertragung knüpft man die Erwartung, daß die junge Generation, die bisher vom Schmeigen beurteilt war oder wenigstens absäus fand, zur Mitarbeit herangezogen wird.

Damit ist endlich ein wenig erfreuliches Kapitel in der Nachkriegsgeschichte des baltischen Deutschtums geschlossen. Dieser führenden deutschen Cassessität ist es in erster Linie zu verdanken, daß heute noch in den deutsch-baltischen Kreisen eine ungeliebte Unkenntnis über den Ursprung der deutschen Revolution und damit auch über Wesen und Gehalt des Nationalsozialismus herrscht.

Es mehr sich nämlich der Nationalsozialismus in Deutschland durchsetzte, um so heftiger regten sich die „Zübrerhelfer“ und ein großer Teil der abgehenden Generation über diesen Kulturbolschewismus und dessen Urheber, den „ungebildeten Malermeister“, wie man zu Jagen pflegte, auf, umso mehr aber regte es sich in den Herzen der jungen Generation, denen die Fehler und mangelhafte Qualifikation der sogenannten führenden Schicht immer mehr in die Augen sprangen. Immer mehr gerieten in den Raum der nationalsozialistischen Ideen, die ihnen wie eine Erlösung aus diesem Zustand vorkamen.

Die Argumente, die der in den baltischen Reichen immer mehr um sich greifenden Bewegung vorgehalten werden, sind so verschiedener Art, aber dabei so einseitig und lächerlich, daß auf sie an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. Aber etwas „Politik“ haben die nicht unbedeutenden Angriffe, die nur die innere Selbstlosigkeit des im Überbesseren begriffenen liberalisier- demokratischen Systems kennzeichnen, doch gezeigt: die Wegbereiter des baltischen Nationalsozialismus wurden auf diese Weise gewonnen, sich praktisch auch mit den nebenstehenden Problemen der Zeit zu befassen und so klar und einseitig zu erkennen, was sie letzten Endes wollten. Die nächste Folge hiervon war die Gewinnung neuer Anhänger und die erfolgreiche Festigung der nationalsozialistischen Grundlagen in der jungen Generation des baltischen Deutschtums.

Erster zu nennen ist der Vorwurf seitens des Systems, daß der baltische Nationalsozialismus ein Ableger der NSDAP sei. Er ist nur dazu angetan, Unfrieden und weitere Zersplitterung in das deutsche Deutschtum hineinzutragen und die ohnehin nicht erfolglosen Beziehungen zu dem Osten noch weiter zu verschlechtern.

Die Antwort hierauf ist eine dreifache:

1. Kein baltischer Nationalsozialist spricht ernstlich davon, das Parteiprogramm der NSDAP in Lettland einzuführen, da das ein Unfug sei.
2. Die Zersplittertheit ist ja gerade auf die „Arbeit“ des bisherigen Systems zurückzuführen.
3. Bleibt es nicht am baltischen Nationalsozialismus, daß das Verhältnis zwischen Letten und Deutschen ein denkbar schlechteres ist. Bevor nun auf den Wesensinhalt des baltischen Nationalsozialismus eingegangen wird, sei kurz folgendes zur Erklärung der Lage gesagt: Es wird gerade im Reiche nicht bekannt sein, daß die gesellschaftliche Schichtung im baltischen Deutschtum eine andere ist als im Reiche. Die exponierte Lage des Landes, die geradezu kolonialpolitische geographische Entwicklung und nicht zuletzt die Einflüsse fremden Blutes

haben hier einen deutschen Menschen geschaffen, der ein ausgesprochenes Sondergoppräge zeigt, und das im Lande selbst als „baltische Eigenart“ bezeichnet wird. Dieses Deutschtum bildete indes nur eine dünne Oberschicht in einer fremdnationalen Umgebung. Da es aber viele Jahrhunderte hindurch die politische und wirtschaftliche Macht im Lande besaß, konnte es sich auch erfolgreich den Interessen ihres Landes (Polen, Schweden, Rußland) gegenüber durchsetzen.

Seitdem das baltische Deutschtum seine staatliche Selbständigkeit eingebüßt hatte (noch im Jahre 1860 wurde dieses Teilgebiet des Russischen Reiches „Deutsche Ostprovinzen“ genannt. Rußland fing erst da an, nach Estland und Livland aufhörten), richtete sich deren Augenmerk immer mehr auf den Ausbau und die Pflege seiner ererbten deutschen Kultur. Dieses geschah umso intensiver, je mehr einerseits die Ausflüchten einer neuen politischen Anlehnung an Deutschland (schonend noch 1918 wäre es dazu gekommen, wenn Deutschland den Krieg nicht verloren hätte) und je mehr andererseits sich Deutschland vom baltischen Deutschtum abwandte und sein Augenmerk mehr auf den Westen und die Kolonien richtete.

Das baltische Deutschtum erfüllt in folgende, gegeneinander streng abgeschlossene Stände: den Adel, die akademisch gebildeten Bürger in Stadt und Land aber wie sie dort genannt werden, die Literaten, die Routeleute und nach großem Ansehen, die Handwerker. Es stellt aber keine einheitliche Volkstumsgruppe dar, wie etwa das Substantivdeutschtum, denn das eigentliche Fundament eines jeglichen Sozialen Aufbaus einer Volksgemeinschaft, nämlich der Dauerhaftigkeit, fehlt hier ganz (bis auf ein paar importierte Kolonisten). Darüber hinaus fehlt dem baltischen Deutschtum, insbesondere der Zübrerhelfer, das Gefühl der unbedingten Zusammengehörigkeit aller Stände und Schichten als Schicksalsgemeinschaft in einem geschlossenen Volksganzen.

Wo aber dieses psychische Band fehlt, bilden sich rein politische Anhäufungen verschiedener Klassen und Schichten, die kaum zueinander Notiz nehmen und jede für sich im modernen Sinne des Wortes eine geschlossene Gesellschaft bilden. Diese baltische Abgeschlossenheit, die in der letzten Zeit einen geradezu exzessiven Charakter angenommen hatte, führte zu förmlichen Schließungen des Gesamtdeutschtums, weil durch die unsoziale Behandlung der unteren Schichten eine starke Abwanderung dieser ins lettische Reich erfolgte. Hinzu kam noch, daß die liberalen Elemente in allen Schichten auch noch das ibrige dazu beigetragen haben, das Deutschtum zu schwächen, indem sie auf ihre Weise der namentlich in der Vorkriegszeit heimlich wirkenden Verfallung der baltischen Völker den Weg ebneten. Wie weit diese Entfremdung heute bereits vorgeschritten ist, belegt folgendes Joch. In den letzten drei Jahren gingen durchschnittlich 40 o. 5 des Deutschtums Mitgliebers ein. Es erbaute sich also das Deutschtum dank einer ganz unzeitgemäßen Politik der Möglichkeit zur Selbsterhaltung durch Zusammenhalten aller seiner Teile. Wenn das früher, unter ganzlich anderen Bedingungen als ein Ausleseprozeß und nicht als etwas Anormales empfunden wurde, so ist das heute, nachdem die nationalsozialistischen Grundlagen insbesondere des Adels durch die lettische „Agrarreform“ vernichtet wurden, nicht mehr tragbar.

Das baltische Deutschtum ist am Ende seiner Kraft, und es kann einen Teil seiner Position erst dann wieder gewinnen, je fester es sich innerlich zusammenfügt und seine Aufgabe nicht in der Züchtung einer in der Luft schwebenden bohmerigen Akademikerzucht in bisheriger altbaltischer

Wie Polen das Genfer Abkommen achtet.

„Wie das Saargebiet, so muß nach deutlicher Überzeugung auch Ostoberschlesien nach Ablauf seiner 15jährigen Frist beikommen ins Reich.“ Mit diesen Worten schließt der Verfasser des Artikels in Nr. 28 vom 7. Juli 1933 dieses Blattes seine Ausführungen, in denen er sich mit dem Buch „Gernung unter der Krone“ des Engländers Danjon beschäftigt. Obereschlesien, dem Lande mit einer ausgesprochen deutschen Kultur, muß nach Ansicht dieses Engländer die Möglichkeit gegeben werden, selbstständig von politisch und wirtschaftlich Druck über seine politische Zugehörigkeit durch Abstimmung der der ganzen Welt zu bemessen, daß es seine Rolle als Faktor der Weltwirtschaft nur im Verbände des Deutschen Reiches zu erfüllen befähigt ist.

Nicht nur kulturell und wirtschaftlich haben die Schöpfer des Versailles Diktats eine Pflicht gegenüber diesem unglücklichen Lande dadurch abzutragen, daß sie seiner autotrophen Bevölkerung diese Abstimmung ermöglichen; sie haben auch deshalb eine Verpflichtung dazu, weil Polen offensichtlich keine den Obereschlesien verfassungsmäßig garantierten Verpflichtungen nicht nur nicht erfüllt hat, sondern dieses unbetrübten deutsche Obereschlesien in der unzulässigen Weise wie eine farbige Kolonie behandelt. Leider ist diese Tatsache auch von deutscher Seite nicht hinreichend vor der ganzen Welt in das richtige Licht gestellt worden, so daß nur wenigen bekannt ist, was Ostoberschlesien in den 12 Jahren, die es sich der polnischen „Freiheit“ erlitten hat.

Man entzieht den Obereschlesien, die infolge der fortschreitenden Hoheitspropaganda mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen vornehmlich vorantgetrieben worden sind, die Autonomie, die ihnen die polnische Verfassungsgesetz vom 15. März 1920 „Wojewodschaft Polens“ garantierte. Dieses Verfassungsgesetz bestimmt in Artikel 43, „daß die Wojewodschaft Schlesien ein organisiertes Statut erhalten soll“. Dieses Statut steht bis heute noch aus, obwohl die gesamtpolnische Verfassung am 17. März 1921 erlassen worden ist. Man entzieht also den Obereschlesien die ihnen förmlich garantierte Rechte vor. Denn die Abstimmung vom 20. März 1921, mit der diesen Vertriebenen schließlich beständig wurde, sollte die Entscheidung über die Selbstbestimmung werden ist, um dieses Land in den Besitz Polens zu bringen, hat Polen eine Voraussetzung des Plebiszits nachträglich verweigert und die gutgläubig Abstimmenden um ein ihnen zugesichertes Recht betrogen.

Leider ist diese Tatsache bisher von den maßgebenden deutschen Faktoren fast gar nicht hervorgehoben worden, so daß unsere Feindzeitung irreführender oder nur überwiegenden Eil gegen ihren Willen zu Polen gekommenen 3 Millionen obereschlesischen Volksleute in der Hoffnung vielerlei Versprechungen und Zusicherungen, die dem Lande zum 1. März 1935 erfüllt sein und unter Verletzung der polnische „Freiheit“ hinreichend genossen haben, unsere oberste Aufgabe, zu zeigen, daß wir nichts unerfüllt lassen werden, um ihnen bis zum Jahre 1937 die Gelegenheit dafür zu verschaffen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie zu ihrem deutschen Vaterlande zurückkehren wollen, denn sie seit dem Jahre 1335 angehörend haben. Mit dem Ablauf des Genfer Abkommens wird das Schicksal für die Obereschlesien für immer gelöst sein, denn sie werden dann keine Möglichkeit mehr haben, aus ihm jemals wieder herauszukommen. Dann wird auch der Traum mit allem, was ihnen lieb und teuer ist, vollendet sein. Leider hat bisher leider jemand gegen die Verletzung der Genfer Konvention bei den internationalen Anstalten Protest erhoben und die vielen Verletzungen des Genfer Abkommens, die Polen sich hat zuzuschreiben kommen lassen, mit Nachdruck hervorgehoben. Während unter diesen Polen bei der geringsten Kleinigkeit Anlaß nimmt, alle Register zu ziehen, um der Welt vorzuführen, daß Deutschland seinerseits die Genfer Konvention nicht beachtet.

Einige Beispiele mögen beweisen, wie sehr unsere obereschlesischen Volksleute unter der polnischen Gesetzgebung und den polnischen Verwaltungsmethoden zu leiden haben. Nach dem Genfer Abkommen sollten die bestehenden deutschen Gerichte grundsätzlich weiter beibehalten werden. Aber diese Gerichte sind abgeschafft worden. Die Gerichte, die den ersten Weltkrieg nicht überlebt haben, sind in den früheren russischen „Beschäftigten“ mürbe, nach tausenden jährlangen polnischen Geleite und Verordnungen „Verhältnisse“ auf das hochkulturbereiche Obereschlesien übertragen haben, die man nur als russisch bezeichnen kann. So ist durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juni 1922 dem Justizminister sechs Monate lang das Recht gegeben worden, in Obereschlesien das Gerichtsverfassungsgesetz die Bestimmungen über die Amtsverhältnisse des Richters und die gerichtliche Organisation zu ändern. Um Verfehlungen bei der Justizminister 14 Gerichte zu errichten und u. a. sogenannte Friedensgerichte einzuführen, die nur von „Polenheiten“ aus dem polnischen Lager besetzt werden, das aus Galizien und Kongresspolen kommt. Man entzog den obereschlesischen Notaren schon 1922 das Notariat, man löste die Kreisräte auf, man besetzte die Handels- und Handelskammern mit landfremden Direktoren und Staatskommissaren, man änderte die Polizeigesetze juristisch der Deutschen, man löste, ohne den schließlichen Satz des Schenkenschen Gesetzes, 1922 nur das Stadtrath einführte, am 16. Januar 1923 das Sprangengesetz, monach sämtliche Gerichte an die Behörden nur in polnischer Sprache gehalten werden dürfen. Richter, Notare und Anwälte dürfen nur bis 1926 in der deutschen Sprache amtieren, die deutschen Firmenzeichnungen mußten sechs Monate nach der Abstimmung entfernt sein. Ortschaftsämtern mußten in polnischer Sprache aufgeführt werden, Urkunden in niederpölnischer Schreibweise hatten Wichtigkeit zu

Jolge. Die Beamten wurden 1926 in der polnischen Sprache geprüft und fielen infolgedessen maßenhaft heraus. Das mehrteilige Abgabensystem Korjantys vor der Abstimmung, daß die Obereschlesier keine Steuern zu zahlen hätten, wenn sie für Polen stimmten, war bald nur ein Traum. Denn 1923 betrug die Steuerstrafen täglich 5 v. H., 1924 monatlich 4 v. H., 1927 monatlich 2 v. H., und seit 1930 jährlich 18 v. H. Der Erwerb von Grundeigentum ist nicht obereschlesische Deutscher mehr nur mit Genehmigung des Ministers der Finanzen, also ein deutscher Staatsbürger, darf seine Eltern im abgetretenen Teil Obereschlesiens beerbt, nicht in den Besitz seines Familienverbes kommen, wenn der Ministerzeit nicht will. Im Jahre 1924 bestimmte man, daß die Einkommensteuern aus Obereschlesien nach Warschau zu überweisen sind. Man brauchte Geld und das konnte nur aus Obereschlesien kommen, weil es in den polnischen Polen kein Geld gab. Auf diese Weise ließ man den kleinen Lande angegebene Beträge in den polnischen Staatskassen geflossen. Das Verfassungsgesetz, wie es eingangs erwähnt ist, war bald verfallen. Man tat aber auch noch ein weiteres; man besetzte die Kommunalbeamten, die noch durchweg Deutsche waren — die Staatsbeamtenstellen waren inzwischen mit Galizianern besetzt — mit einer besonderen Kommunalsteuer von 5 v. H. Man hob 1924 das Recht auf, wonach die Staatsbeamten deutscher Abstammung ausübend Obereschlesien verlassen werden dürfen. Die Wähler zu den „Verfassungssamern, Oberverfassungssamern usw., bestimmt seit 1924 der Wojewode, die Wahlen hierzu sind suspendiert. Die Befreiung der Obereschlesier vom Militärdienst auf die Dauer von acht Jahren fand nur auf dem Papier, denn schon 1923 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das „Polgesetz“ verleiht noch heute die Auslieferung von Radiosparten in der Reichweite des Grenzgebietes. Hierzu bedarf die polnische Regierung die Erlaubnis, die sie nur 100prozentigen Polen erteilt. Das beträchtliche Polgesetz fordert von den Einwohnern 400—6000 Lota, wenn sie in „Obereschlesien Verwandte besuchen wollen; fantastische Summen, die selten jemand aufbringen kann. Durch das Spiritus-Monopolesch ist der An- und Verkauf von Branntwein und Spiritus ein Monopolesch des Staates; der polnische Staat ist hierbei völlig ausgebeutet. Die Konsumsteuer der der Zehrbere genutzte Recht-Obereschlesier. Das Stempelsteuergesetz mindert die Einkommensteuer für die Schreiber, das sie aus der Hand geben, eine Stempelsteuer zu entrichten. Wer innerhalb der 30-Kilometer-Grenzzone Grundstücke erwerben will, bedarf hierzu der Genehmigung des Wojewoden. Die einheimische Bevölkerung — denn ganz Obereschlesien ist Grenzgebiet — ist hierdurch entrechtet, Ausländer — also Deutsche — dürfen nur mit Genehmigung des Wojewoden selbständig Grundbesitz erwerben, wobei mit Artikel 43 des Genfer Abkommens die „Widerpflicht“ steht.

Das sind einige von den Gesetzen und Maßnahmen, die Polen im Gegensatz zu den Bestimmungen des Genfer Abkommens anwendet, um Obereschlesien zu einer Kolonie zu machen, wie es bei farbigen Kolonialvölkern nicht krasser in Erscheinung treten kann. Zur Albert Korjantys, dessen unheilvolle Tätigkeit zu inführend die Olgrenze Deutschlands nach dem Kriege beeinflusste, hat bereits 1927 gegen die Entroftung des obereschlesischen Volkes, dem er entgegenstand, Stellung genommen. Ich nehme hierzu Bezug auf die Ausführungen Seite 36 ff. in der Broschüre über „Das Finanzwesen der polnischen Minderheit in Deutschland!“ Korjantys, dem Polen den Besitz Ostoberschlesiens zu verdrängen hat, ist am 3. Mai 1931 nicht zu der 10jährigen Feier der Wiederkehr des dritten Aufstandes in Schlesien eingeladen worden. Der polnische Reichspräsident und Direktor Dr. Roman Kutnanski schreibt im „Przegląd“ im Mai 1931 von Ostoberschlesien: „Dieses Land ist ein Problem. ...“ Die Situation befand darin, daß die „Polen“ Korjantys auf den „Aufstand“ notwendig war. „Dieser selbst Dr. Kutnanski schrieb aber 1922 in seiner Schrift „An den „Wahrgrenzen Polens“ über Korjantys: „... Das ist ein neues moissales großes Verdienst Korjantys, daß er den Mut gehabt hat, die Verantwortung für den „Aufstand“ auf sich zu nehmen. Ohne ihn wäre der bemessene „Aufstand“ entweder nicht zustande gekommen, oder hätte eine andere „Bese“ gegungen. Als der „Hilfskomitee“ Dr. Kutnanski seine Erbeherbume schrieb, war Korjantys noch in hoher Gunst. 1931 fand er in schärfster Opposition zu der Regierung, nicht zuletzt deshalb, weil sie Obereschlesien, dessen Sohn er ist, der elementarsten Rechte entzogen.“

Auf deutscher Seite beschränkte man sich in den ersten zehn Jahren nach dem Kriege hauptsächlich auf philologische Erörterungen darüber, die Gelehrten in Wien, Heidelberg usw., den „Polen“ hätten, wenn die „Wahrgrenzen“ der „Wahrgrenzen“ Merkmal der Zugehörigkeit zum „Volkstum“ oder dem Willen des einzelnen, einem „Volkstum“ anzugehören, für die Zugehörigkeit zu einer Nation als ausschlaggebend bezeichnet. Man hielt es für wichtig darüber zu schreiben, ob die polnisch sprechenden deutschen Reichsangehörigen „preußische Polen“ oder „polnische Preußen“ wären. Man schuf den Schein, den sogenannten „Vertretern“ der polnischen Minderheiten in Deutschland, deren Zahl bis heute noch nicht festgelegt wurde, entgegenzukommen, um diese Leute in ihren Vorstellungen immer mehr zu befähigen, so daß der sogenannten polnischen Minderheit in Deutschland immer mehr Rechte, auch über die Bestimmungen der Kriegsverträge hinaus, zugebilligt wurden, während umgekehrt in Ostoberschlesien diese Rechte rückförmlich abgebaut wurden. Eine Außenpolitik, die basierend auf den gegebenen Verträgen, das obereschlesische Volk in dem Glauben befürchtete, daß es einstmals wieder

zu seinem Vaterland zurückkehren würde, gab es nicht. Man hat es entsprechend der traditionell gemordenen Grundsätzlichkeit, am Alten festzuhalten, auch bei der Volkszählung am 6. Juni 1933 verweigert, die Angehörigen fremder Nationalitäten in den Grenzen des Deutschen Reiches zahlenmäßig zu erfassen, obwohl auch in dieser Zeitschrift auf die Bedeutung dieses Problems wiederholt hingewiesen worden ist.

Die polnische Presse verbindet mit einer gewissen Bewunderung, doch der Verbitterung des Schicksals des Polenbundes, dem tatsächlich hunderttausend 1000 Personen als Mitglieder dieser 13 Millionen Seelen zählenden Provinz angehören, dem Generalsekretariat des Völkerbundes auf Grund des Artikels 149 des Genfer Abkommens und dem Präsidenten der Gemischten Kommission in Kattowitz, Calonder, eine Besondere Vorzugsstellung, in der der „Polenbund“ eine Anweisung der preussischen Verwaltungsmassnahmen als mit dem Gesetz im Widerspruch stehend hinsichtlich der Oberbeschießen, die Oberbeschießen bei der Volkszählung zu befragen ist, ob sie „hochpolnisch“ oder „oberbeschießspolnisch“ sprechen. Doch die oberbeschießliche Bevölkerung das Warthauer oder „Hochpolen“, nicht versteht, sondern die mit der deutschen Sprache stark durchsetzte wasserpolnische oberbeschießliche Mundart spricht, ist der Welt bekannt. Doch aber der sogenannte Polenbund, der lediglich nach den Anordnungen Warthaus handelt, und außer den besagten Oberbeschießen nur zu einem verschwindend kleinen Kreis Oberbeschießen zu seinen Anhängern zählt, sich berechtigt glaubt, Selbstverständlichkeiten als den Gesetzen widerlaufend zu bezeichnen, ist eine Katastrophe, die die maßgebenden Faktoren in Deutschland veranlassen sollte, die tatsächlichen Selbstverletzungen der Polen in der Zeit seit 1922 an den deutschen Oberbeschießen beizugehen hat, der Welt vor Augen zu führen. Die geradezu erschütternden Beweise, die in dem Buch „Oberbeschießen als Polen

Kolonie“ aufgeführt sind, müssten meistens Volkskreisläufe Deutschlands zur Kenntnis gebracht werden. Den polnischen Besondereführern und den mit der polnischen „Vejshweze“ belasteten internationalen Instanzen müsste entgegengehalten werden, daß bei der französischen Volkszählung am 7. März 1926 in Elßaß-Verträgen nicht nach der Mutterprobe, sondern nach der Umgangsprobe gefragt worden ist, in demselben Frankreich, in dem es einen Entlassungsgesamten gab, als Oberbeschießen-Lingern im Jahre 1910 auch nach der Umgangsprobe gefragt. Von den 1,1 Millionen im Jahre 1910 noch als rein deutschsprachig gezählten Personen gibt die französische Statistik rund 900 000 als „dialektisprechende“ Personen an und nur 68 000 als „deutsch-sprechende“. Was den Franzosen für das tatsächlich deutschsprechende Elßaß — denn das Elßaß gehörte vor dem Jahre 1870 kaum 200 Jahre zu Frankreich — rächt ist, kann Deutschland, dem Oberbeschießen im Jahre 1910 auch nach der Umgangsprobe gefragt.

Um ferner den völlig unterbeschießenlichen Besondere des von Warthaus beherrschten und wirtschaftlich abhängigen Polenbundes in Deutschland ein Ende zu machen, erscheint es notwendig, möglichst bald eine amtliche Gählung darüber zu veranstalten, welche von den in den deutschen Objekten und vor allen Dingen in Oberbeschießen wohnenden Menschen sich zur polnischen Nationalität zurechnen, damit den Praktizierenden das Besondere gelegt wird und der nationalbewußte Besondere Oberbeschießen der Besondere bekannt, daß er deutsch ist und das „Schicksal des Polenbundes“ nicht befragt. Die internationalen Faktoren sollten auch mit erhöhtem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß unsere seit 12 Jahren die polnische „Vejshweze“ genießenden Stammesbrüder das Recht erhalten müssen zu erklären, daß sie zu ihrer Heimat, zum Deutschen Reich, zurückkehren wollen.

Richard Schattou.

Ostdeutsche Jugend an die Front!

Die es vor allem angeht, sind die Deutschen, die als Knaben oder junge Mädchen in Westpreußen, Polen, Ostoberbeschießen in dem Hiltfener Kändchen den November 1918 und den Verlust ihrer Heimat erleben haben und dann bald oder nach Jahren in das Reich gekommen sind. Aktio konnten sie damals, halbe Kinder, nicht in die Geschichte eingreifen. Sie konnten noch nicht einmal recht verstanden die Zusammenhänge zwischen der Novemberernte, der Annahme des Berliner Vertrats und den Ereignissen in ihrer Heimat, dem Abzug der deutschen Truppen und dem raschen Einzug der Polen. Sie, die heute eben erst in Berufs- und Staatsleben tätig wirkend eingepaßt werden, waren damals ganz Objekt. Aber die Verpflichtung zu eigener Tat in kommender Zeit wurde damals auf sie gelegt. Vom Schicksal. Ob es ihnen in seiner Bedeutung bewußt wurde oder nicht, jedem wurde sein Volkstum und sein Vaterland erstes großes und entscheidendes Erlebnis. Das ist den jungen Deutschen ungewollt geschehen, Polen und Westpreußen die heranwachsende deutsche Jugend liebt, daß Deutsche sein bedeutet verlor und bekämpft zu werden, und in ihnen durch Aufbruch und Heimatraub unauflösliche Widerstandswillen gegen den flammigen Eroberungsdrang schuf. Das bewirkten die Gruppen und Kommissionen der Entente, die als Sachwalter des Unrechts den polnischen Eindringlingen schützten und das Zusammenstoßereignis für die jungen Deutschen ungewollt weilt. In dieser Zeit, in der das Deutsche Reich wertvollste Teile seiner Ostprovinzen verlor, ergriß die Seele der jungen Deutschen Weisheit von ihrer Heimat. Sie fühlten die Befreiung ihrer Heimat als Angriff auf ihr Innerstes, der sie beleidigte und sie damals verweigerten ließ, weil sie zu jung waren, um dagegen angehen zu können.

Jetzt ist die Zeit gekommen, das Erlebnis der Tankriegszeit hat ihnen zu lebendigen Objekten. Die Ostdeutsche Jugend an dem Verlust der Heimat. Unstätigkeit, aber in der Zeit, in der die Schuldigen nicht mehr an der Regierung sind, macht sie nachträglich noch zum Verräter. Wer aus dem Osten kommt, darf nicht mehr frei über sich verfügen. Er ist gebunden an sein Land, gebunden an dessen Schicksal und verantwortlich dafür. Schuld

läßt auf sich, wer von uns Jungen nicht versteht, sondern die Arbeit anderer überläßt. Zur die Tat kommt an. Als Schwächling ist gebrauchbar, nur in sentimentalsten Klagen der verlorenen Heimat nachjammert, immer wieder mit bewegten Worten seine Liebe zu ihr beteuert, aber sich nicht in den Dienst der Osttat stellt. Es gilt keine Entschuldigung. Die Zeiten sind vorbei, in denen wir voller Zeit in den Polen, blickten, weil er dem Deutschen in der Stärke des Nationalismus vorans war. Befragten dürfen mit auch damals nicht. Die Zeiten sind vorüber, in denen die Nachfolger der Erbsieger und Schicksalsmänner aus an den Westen verkuppeln wollten. Niemand hat mehr einen Vorwand, um Passivität zu entschuldigen. Der Osten fordert seine Menschen für sich ganz. Adolf Hitler hat das Reich geeint, das Volk zusammengemeinert und den Blick der Deutschen nach dem Osten gewendet. Jetzt beginnt die bedeutendste Aufgabe der Ostdeutschen und besonders der ostdeutschen Jugend. Der junge Ostdeutsche muß seine Heimatvertrieben hinausragen ins Reich, er muß die Volksgemeinschaft, die noch keine innere Verbindung zum Osten haben, den Osten hinein lehren, er muß ihnen das nachweisliche Bild der ostdeutschen Grenze so einbäumen, daß sie das brennende Schicksal über das erlittene Unrecht im Osten nicht mehr lösigt. Die jungen Ostdeutschen müssen Vorkämpfer sein, sie müssen mit leidenschaftlichem Sentimentismus in allen Deutschen im vollsten Bewußtsein das Zusammenstoßereignisgefühl mit dem Ostdeutschen bringen, sie müssen leben Deutschen packen und ihn erfassen lehren, daß sein eigen Blut im Osten wirkt, das Blut aller deutschen Stämme, die hinausgezogen sind in den Osten. Reiner von den Jungen darf fehlen. Jeder muß mitfahren und nicht nur nebenher, sondern unter Einsatz des ganzen Menschen, er muß kämpfen, weil er durch Geburt im Osten bzw. bestimmt ist, er muß kämpfen, weil er nicht zum Mitfahren am Saat der Ostprovinzen werden darf, er muß kämpfen, weil er den anderen Deutschen vorleben und die innere Verantwortlichkeit bei den anderen schaffen muß, sich mit vollstem Ja für die Verwirklichung der deutschen Ostziele einzusetzen.

Dr. Zill.

Aus dem östlichen Rechtsstaat.

Der „Allgemeine Bekanntsamer“ in Weutchen veröffentlicht den Bericht eines deutschen Staatsangehörigen, der beim Verweilen in Ostoberbeschießen unwillkürlich den Hiltfegergebrauch benutzte und deshalb zu vierzig (4) Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

In diesem Bericht des dem Königsbitter Gefängnis wieder entlassenen Verurteilten heißt es, daß er sich erst nach vier Tagen durch einen Hungerstreik eine Freilassung erhielt. Als er sich beim Kommandanten über die Behandlung beschwerte, erklärte dieser, er müsse sich an die Vorschriften halten. Die Verurteilten mußten auf den blanken Dienen schlafen. Durch das zehnjährige Gefängnis war aber an Schlafen überhaupt nicht zu denken. Vier zehn bis fünfzehn Pfennige konnte man von der Gefängnisleitung für die Nacht eines Deckes bekommen. Die Arbeit vor Schmutz harte. Die Mangelmalung wurde 25 Anhängen an Leinwandstücken zum Abrocken geteilt, so daß der größte Teil der Gefängnisinsassen sich lieber mit dem eigenen Hemd begnügte. Das Essen bestand nur aus Graupen. Morgens gab es 80 Gramm Brot und einen Kopf ungewaschenen Kaffees. Das zur Verfügung gestellte Trinkwasser mußte sofort getrunken werden, sonst wurde es als Ungeheuer. Auf die Besondere, daß in seiner Zeit Niemand sein, erklärte der Gefängnis-

kommandant höflich, solange sie nicht wie Ameisen auf dem Erdboden herumlaufen, sei es noch unzulässig. So werden in diesem Kulturstaat Menschen behandelt, die nichts anderes verdienen haben, als einmal den deutschen Gruß zu gebrauchen.

An der Rattomiger Halde fand ein Sommerfest des Deutschen Katholischen Männervereins aus Rattowitz statt. Die 250 Teilnehmer unterhielten sich gerade aufs Beste, als sich plötzlich einige Auffälligkeiten unter die Gesellschaft mischten, die vorher in Restaurant schon etwas getrunken hatten. Sie verlangten nach den Gästen, die Gesellschaft innerhalb von fünf bis zehn Minuten zu räumen. Dabei fielen Drohungen. Um Menschenfälle zu vermeiden, gingen die Teilnehmer des Festes auseinander.

Kürzlich wurde gegen 1 Uhr nachts auf die Wohnung des deutschen Gemeindevorsetzers Komalki in Jmiesin ein Überfall durch Auffälligkeiten verübt. Die Auffälligkeiten schlugen die Fensterhaken ein, wobei auch die Rahmen zertrümmert wurden. Sogar einige Schiffe fielen. Zu bemerken ist, daß Komalki in den letzten drei Jahren bereits sechsmal überfallen wurde.

Danzig.

Ein entscheidender Schritt zum berufständlichen Aufbau in Danzig: Errichtung der Bauernkammer.

Der Danziger Senat hat mit bemerkenswerter Befähigung einen entscheidenden Schritt zur Durchführung der berufständlichen Ausübung der Danziger Wirtschaft übernommen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist eine Verordnung über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung der Danziger Landwirtschaft erlassen worden. Danach wird eine der Hauptwirtschaftskammer unterstellte Danziger Bauernkammer errichtet, der sämtliche landwirtschaftlichen Besitzer, Pächter, Angestellte und Arbeiter sowie die Silber angehören. Die Bauernkammer ist der geistliche Berufsvertretung der Landwirtschaft. Sie hat die Aufgabe, dem Berufsstand als solchen, seine Mitglieder und seine Einrichtungen so zu führen und zu beeinflussen, wie das Wohlbefinden des Berufsstandes es erfordert. Sie hat ferner die Aufgabe, dem Berufsstand in allen seinen wirtschaftlichen und fachlichen Angelegenheiten gegenüber dem Staat, der Hauptwirtschaftskammer sowie den übrigen berufständlichen Kammern und ihren Einrichtungen zu vertreten.

Die bisherigen landwirtschaftlichen Organisationen werden in der Bauernkammer aufgeht. Das Gebiet der Danziger Bauernkammer wird in 30 Bezirke eingeteilt. Der Vorsitzende des bisherigen Landesbauernführers werden Kreisbauernführer. Die Ernennung des Landesbauernführers erfolgt durch den Senat. Der Landesbauernführer ernannt wiederum die Kreisbauernführer, die ihrerseits die Bezirks- und Ortsführer bestimmen. Die Bauernkammer ist der geistliche Berufsvertretung der Landesbauernführer Subkomitee. Weitere Bestimmungen regeln u. a. die Tätigkeit der Mitgliedergruppen und der allgemeinen Vertreterversammlung, die nach freiem Ermessen des Landesbauern-

führers in wichtigen Angelegenheiten des Berufsstandes von ihm geleitet werden soll und mindestens einmal niederländisch anzuhören ist. Einmal jährlich findet eine Vollversammlung der Bauernkammer statt.

Bemerkenswert sind auch die Bestimmungen über berufständliche Gerichtsbarkeit. Danach wird der Landesbauernführer ermächtigt, Bestimmungen über die Schaffung eines Gerichts für Standes- und Berufsangelegenheiten zu erlassen. Das Gericht kann gegen die Mitglieder der Danziger Bauernkammer aus Geldstrafen bis zu 1000 Gulden, in schweren Fällen auf Ausschluß aus der Danziger Bauernkammer erkennen.

Danziger Stabhelm in die nationalsozialistische Bewegung eingegliedert.

Zwischen dem Danziger SA-Oberführer und dem Landesführer des Danziger Stabhelms fanden am Dienstag weitere Besprechungen über die Eingliederung der Danziger Stabhelmeinheiten statt. Als Ergebnis dieser Besprechungen hat der Landesführer des Danziger Stabhelms folgenden Befehl erlassen: „Durch die Eingliederung des Stabhelms in die nationalsozialistische Bewegung ist der Stabhelm ein Teil der nationalsozialistischen Bewegung geworden. Um dies sichtbar zum Ausdruck zu bringen, treten ab sofort Stabhelme einseitig des SA- und SS-andererseits in ein gemeinsames Grubersymbol. Das Grubersymbolverhältnis ist ein Knochenschädel, und zwar grüßt der Jüngere den Älteren, bis die Demersobühnen bekanntgegeben sind.“ Einen gleichlautenden Befehl erläßt heute die SA-Führung in Danzig.

Der Danziger Senat hat beschloffen, diejenigen Wachmeister der Schutzpolizei, die bereits seit vielen Jahren Dienst in der Schutzpolizei versehen und während des Krieges ihre Pflicht an der Front tatet, zu Überwachmeister zu befördern.

Die baltischen Staaten.

Estland.

Die Entscheidung, ob der Estnische Staat und das estnische Volk, der Mitwirkerschaft seiner Systemparteien weiterhin preisgegeben, dem Untergang unterworfen oder aber die Parteiherrschaft abzuhelfen und seine Geschicke den Männern der Erneuerungsbewegung anzuvertrauen wird, kann und wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Propaganda der Weltanschauung hat, obwohl unentgeltlich durch die Zeitungsartikel, in die Masse des Volkes eine tiefgehende politische Erregung hineingebracht. Das estnische Volk, in der überwiegenden Mehrheit aus Bauern bestehend, ist nur schwer aus seiner Ruhe zu bringen. Wenn es aber einmal erkannt hat, wie die Wurzeln des Übels zu fassen ist, so wird es sich nicht mehr unvorsichtige und laßige Reformversuche der Parteien davon abhalten lassen, mit einem System ein Ende zu machen, um unter neuen Führern neue Wege zu beschreiten, die zu Recht und Brot führen. In den Kreisen der bedröhten Systemnarrischer herrscht ratlose Verwirrung. Milde Gerüchte schmeicheln durch die Luft, Namen werden genannt, ängstliche Gemüter fürchten gar einen Putsch. Bald heißt es, eine Selbstregie, die aber leider auch, wie so viele andere, mit Korruptionsaffären in Verbindung gebracht wird, soll die demokratische Verfassung vor dem Untergang retten, bald fallen im Zusammenhang mit den kommenden Staatspräsidentenwahlen Namen, die zur Erneuerungsbewegung gehören. Dazu kommt, daß auch die Wirtschaftslage des Landes nicht dazu angetan ist, die Unzufriedenheit des Volkes abebben zu lassen. Die Entwertungsvorauslagen lauten nicht eben günstig, in vielen Gegenden des Landes hat das Korn durch die anhaltende Dürre des Frühjahr und der ersten Sommerhälfte stark gelitten, besonders stark liegt es um die Westküstenterrassen, ein Umstand, der bei der Auswertung der Krone zum Schadensfaktor wird. Die letzten Besuche des Reichsministerpräsidenten eingetretener Sturz der Krone wird, wenn nicht alles verprochen hatten, scheitern schon enttäuscht zu sein. Das Abgehen vom Goldstandard hat von gewissen Interessenten so lange als Allheilmittel gegen die wirtschaftlichen Gebrechen der Zeit angesehen worden, daß diese Maßnahme trotz schäfflicher Gegenwehr, die sich u. a. in einem Geheiß äußerte, das jede Propaganda für die Entwertung der Krone zum Schadensfaktor bedroht, endlich doch durchgesetzt wurde. Heute kann man es bereits an jeder Straßenecke hören, daß am Kronensfuß wohl nur jene Politiker etwas verdient haben, die ihn durchzuführen, da sie allein die Möglichkeit hatten, rechtzeitig „aus der Krone herauszugehen“. Vielleicht auch noch einige Exporthändler und die hinter diesen lebenden Industrien. Auch wohl einige gewissenlose Kaufleute, die angezogen der entgegenstehenden Polizeiverordnungen, nach dem Willen der Krone die Warenpreise beim Ansturm des verunglückten Späters rückwärts ließen. Die Höhe der Krone, der Deuer jenseitig, dem eine Erlösung aller jener Leiden in Aussicht gestellt war, hat vom Kronensfuß wenig gehabt. Die Exportprämien, die ihm bisher das Wirtschaften noch einigermaßen ermöglicht hatten, fallen nunmehr weg, so daß er, trotz höherer Preise, für seine Erzeugnisse doch nicht mehr erhält, als vorher, während Industrie- und Importwaren teurer geworden sind.

Es wird niemand wundernehmen, daß die in Estland lebenden Juden diese für sie so günstigen Umstände natürlich dazu ausnutzen, um

gegen ihre Widersacher in Deutschland zu gehen. Und nicht nur das: einer ihrer „Prominenten“, ein gewisser Dr. Mirvich in Reval, begnügt sich nicht mehr mit Aufrufen zum Volkstum reibschmerzlichen Werten, er hebt ohne die geringste Scheu gegen alle, was Deutsch ist, seine Meinung ab, es sich um das Reich oder um baltisches Deutschland handelt. Das estnische Judentum ist sehr wenig zahlreich und sein prozentualer Anteil an der Bevölkerung Estlands sicherlich weitestgehend geringer als in Deutschland. Inbesten haben es die Juden auch hier verstanden, sich wichtiger Schlüsselstellungen in Handel und Gewerbe zu bemächtigen, so daß ihr tatsächlicher wirtschaftlicher und auch politischer Einfluß bei der jetzigen Systemwirtschaft bedeutender ist, als man annehmen könnte. Die Bewegung der Freiheitskämpfer sieht, nach die Judentfrage anbelangt, eine klare Meinung nicht vorzuziehen, so daß eine Verwerfung über die Einstellung dieser Dinge nach der Mächtergreifung durch die neuen Männer vorläufig verfrüht erscheint. R. G.

Lettland.

Obwohl der lettische Innenminister Mibberg im Parlament erklärt hat, daß Störungen der Handelsbeziehungen zu einem Nachbarstaat durch Schornfabriken ein Verbrechen sei, haben die lettischen Juden im Verein mit den lettischen Sozialdemokraten ruhig weiter. Seit täglich finden in Riga „Konferenzen“ und „Anti-Führer-Mitteilungen“ statt, in denen jüdische Propaganda in ihren Verbreitungs- und ergebnisvollsten Verbreitungsstellen verlesen wird. Als auf einer Versammlung die Polizei gegen solche Schreie vorging und einigen das Wort entzog, erheben sich die jüdischen Abgeordneten Dubin und Wittenberg als „Protest“ hierzu, dem Innenminister ein Memorandum zu überreichen, in dem sie gegen die „Verletzung des Rechts der freien Meinungsäußerung“ durch die Regierung „Protest“ einbringen. (II) Zum Ende der Volkstagspropaganda in den Führerlich-madonen der deutschen Regierung hat sich sogar ein neues jüdisches Blatt in deutscher (I) (warum nicht jiddischer) Sprache aufgetan („Baltische Neue Presse“, NNP), Hauptredakteur Dr. Siem, für das die Juden C. Seligmann und P. Hirshfeld verantwortlich zeichnen. Wir werden uns diese Mibbeprobe bei ihren heute noch häufigen „Dienstreisen“ nach Deutschland gelegentlich näher unter der Lupe betrachten.

Interessant ist, daß auf der anderen Seite die antijüdische Bewegung immer mehr an sich greift und zwar nicht nur in den Städten, sondern insbesondere in Püttlingen, dem katholischen Keil Lettlands, mo man sogar Programme erwarbt.

Um der ungeheuren Hungersnot in Somertruland einigermassen entgegenzutreten zu können, führt die Rigauer Somertrulandbesetzungs Verhandlungen mit der Centrale der lettischen Konsumgenossenschaften gegen Lieferung von mehreren hundert Tonnen Weizenmehl nach Somertruland. Bekanntlich ist erst vor kurzem eine größere lettische Lieferung von Fleisch nach Moskau erfolgt.

Am müßigen auch Lettlands Viehhändler dazu herabsetzen, um die mangelnden Summen des „Arbeiterparadieses“ zu führen, obwohl die Rotflotte unermüdlich ist.

Der polnische Aufstand in Posen.

12. Fortsetzung. Von Hermann Pilschke.

Es ist kein Zufall, daß rund ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg in die polnische Verbände ein auffälliges nationales Leben kam. 1905 war in Rußland eine Revolution eingetreten. Auf polnischer Seite hoffte man stark auf eine Aufzählung der kongreßpolitischen Frage. Pilschke hatte in seinem autobiographischen Buch gegen das Verbot eines Schwereverbrechens über die polnische Bewegung und Mißhilfe aufgelesen und mehrere bemerksame Vorleser gegen Rußland vorgenommen. Der Balkankrieg drohte. Die Einkreisung Deutschlands wurde immer fester und enger. Die Vorzeichen des Weltkrieges hoben sich immer deutlicher hervor. Da wurden die Polen reges. Das steigende nationale Leben deutete an, mit welchem Interesse sie die politischen Ereignisse verfolgten, wie sie die Feinde der Welt deuteten und welche Hoffnungen sie auf die steigenden politischen Gegensätze in Europa aufbauten.

Nicht der A.- und S.-Rat in Polen, wohl aber die deutschen Kreise der Bürgerwehr luden den polnischen Eindruck auszulösen, den das Fehlen der Deutschen in der Bürgerwehr hervorgerufen hatte. Auch hier zeigt sich wiederum, daß der A.- und S.-Rat entweder der örtlichen Verhältnisse völlig unkundig oder so in der Hand der Polen war, daß er die deutschen Verhältnisse nicht genügend vertretend konnte, oder es gar nicht wollte. Aus deutschen Beamtungskreisen stammte die Anregung, durch eine möglichst zahlreiche Beteiligung an der Bürgerwehr die polnische Gefahr zu beseitigen. Der Gedanke fand starke Unterstützung. Es wurden ganz im Stillen Vertrauensmänner eingesetzt, die von Behörden u. Behörden, von Schule zu Schule, in die Kontore und Werkstätten gingen und für die Beteiligung bei zuverlässigen Männern werben zu versuchen, und sich für ein wenig Mühe unbenutzt. Die Bürgerwehr rekrutierte sich durch die Anmeldeung von von den Polen mit Unterstützung des A.- und S.-Rates eine Reihe von Büren geschaffen, die die Freiwilligen in die Listen aufnahmen und weitergaben. Sie ging mit einer Reihe meiner Kollegen in die Meldestellen im Friedensmuseum. Wir mußten unseren Kameraden unsere Wohnung und militärische Ausbildung angeben. Das wurde überhaupt in der Liste vermerkt. Darauf erhielten wir den Befehl, die Liste zu unterschreiben. Wir unterschrieben, wußten damals noch nicht, daß Jemand die Meldestellen als auch das Büro der Bürgerwehr unter dem Schutz der A.- und S.-Räte vollkommen in polnischen Händen war. Personen mit deutschen Namen wurden nicht einberufen. Dagegen wurden die Polen zur Bürgerwehr herangezogen, organisiert, eingekleidet und bemessen. Dabei konnte nicht verniedert werden, daß es eigentlich ein Verstoß auch gegen die polnische Gesetze war, zum Dienstleistungen in der polnischen Bürgerwehr herangezogen wurden. Sie kamen nieder und berichteten, daß eine weitere Teilnahme für sie an dem Schutz- und Wachtdienst völlig unmöglich war, Sobald ihr Deutschtum erkannt wurde, wären sie mit einer solchen Feindschaft behandelt worden, daß sie die Waise zum Schutz ihres Lebens dringend notwendig hätten. Auf Posen in der Nacht wurde eine einzige Sorge gemeldet, die ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, einen möglichst großen Teil der polnischen Kameraden abzuwehren. So wußte im großen Ganzen dieser Versuch fruchtlos. Auf die Klagen der deutschen Bürgerwehr bei dem A.- und S.-Rat billigte man der deutschen Bürgerwehr dann einen eigenen Wachtposten außerhalb der Stadt in dem Vororte Solachitz zu. Hier waren sie unter sich, von der Stadt abgetrennt und möglichst unschädlich.

Die Bildung der Bürgerwehr in dieser Weise hatte für die Zukunft Posen die allerersten Schritte. Kamerad und Parteiführer haupt die beständigen Plätze fanden von nun an der Bürgerwehr offen. Die war ursprünglich nur zur als Schutz für die Stadt gedacht. Je mehr aber die deutschen Rekruten und Rekruten fluchtartig die Kolonnen und die Stadt verließen, desto mehr schaltete sich die Bürgerwehr in die Bewachung und Befehung der militärischen Bewachungen ein und bekam sie schließlich völlig in ihre Hand. Ebenfalls aber der Zugang zu den Rekruten und die Befehung der militärischen Bewachungen geöffnet. Sie hat das reichlich ausgenutzt. Dazu kamen die Polen auf dem Bahnhof eine Wache einzurichten, die den heimkehrenden Soldaten ihre Waffen und ihre Ausrüstung abnahm und die Soldaten dann an die Kommandanten, muß wissen: an den A.- und S.-Rat, was, so sie ihren Entlassungsgeldern erhielten. Die abgenommenen Waffen aber verpackten in die Versteckungskammern der polnischen Organisation.

Von Seiten der Bürgerwehr wurde ebenso der Versuch unternommen, die mit dem Militär in Verbindung zu kommen. Geschickte Späher, die in den Kolonnen auf Versteck wußten, wurden ausgesandt, mit den leitenden Stellen der Truppenkörper Übung zu nehmen und den Bedarf an zuverlässigen Mannschaften auszukundschaffen. Ihre Berichte waren geradezu niederhaltend. Die Offiziere waren von der Revolution hinweggesetzt worden. Die Mannschaften vom anderen Gesicht aber in der ersten polnischen Kolonnen in Militärkleidung sahen in den Kolonnen und hoben die Soldaten ab. In der Kolonne der 46er befand sich eine Zahl von rund 60 Soldaten, die zum größten Teil als Betreuer der polnischen Bevölkerung bezeichnet wurden, die hauptsächlich auf Hilfe empfangend der polnischen Organisation sich in den Kolonnen hielten, verpackt durch eine Reihe von Elementen, die keine Liebe hatten. Die Infanterieregiment und Rekruten waren noch nicht auf dem Seimwege.

So glitt die Herrschaft des Deutschen Reiches unbenutzt in die Hände der Polen über. Diese arbeiteten im Stillen und mit Geduld Tag für Tag vorwärts. Sie konnten es, denn sie haben, daß ihre Machtstellung sich von Tag zu Tag mehrte. Dabei wußten sie die Rollen für die Ausrüstung ihrer Werkkraft den öffentlichen Stellen aufzulösen. So wählten sie der polnischen Bürgerwehr für ihren Dienst an der Allgemeinheit täglich 6 M. Wohnung aus der Stadtkasse. Dazu erzielte die Mannschaft noch als ein Pfandgeld für ihre polnische Verpflegung von 2 M. täglich von der polnischen Verwaltung. Auch wurde die Unterhaltung der Bürgerwehr unter den deutschen Bürgern gesammelt und Beiträge erhoben. Ebenso erobert der Magistrat eine Umlage.

Diese Taten wurden von Respekt bei aller Zurückhaltung im großen und ganzen bestrahlt. Er schreibt mündlich: „Am A.- und S.-Rat gewonnen die Polen bald Einfluß und das Übergewicht in dem Grade, daß alle Beschlüsse des Vorleser für uns und für unsere getriebenen Ämter aufzuschieben schon eine solche Lage (11. November) erlangte Julian Vangse vom A.- und S.-Rat eine Verfügung, auf Grund deren in der Stadt eine Bürgerwehr gebildet werden durfte, bestehend aus Angehörigen der drei Nationalitäten. In das Kommando dieser Bürgerwehr traten ein: Vangse als aboluter Kommandant, Respecki und Kuboffski; ferner zwei Deutsche: Jarecki und König und zwei Juden: Werner und Weiblich. Es wurde obeng. Vertreter zu mir ernannt, und der Kommandant Respecki wurde zum ersten Vorsitzenden ernannt. Da mir die Fremden nicht zu Einfluß gelangen lassen wollten, machten mir uns energisch aus Werk, indem mir unsere Verfassungspunkte ausliefen. Zum Organisator und Vorsitzenden im Kommando der polnischen Bürgerwehr wurde einmüßig Karl Respecki gewählt. Tag für Tag, seit den ganzen November hindurch, worden wir in einem Saale in der Breslauer Straße Mitglieder für die Wehr und teilten sie nach den Stadteilen in drei Kommandos ein. Denn, ganz, durch Gewandtheit und Energie den Deutschen und Juden vorzukommen.... Wir richteten sieben Wachen ein: Glesono, Walliche, Alter Markt, Schloß, Jerich, Vaguzs und Wilda, und den Deutschen überließen wir lediglich Solachitz. Bis zu 300 Mann standen täglich auf Posten und Stadtpatrouillen, bis Ende Dezember. Die Mitglieder waren in städtischen Sälen und Kavalierskavertzen, dem A.- und S.-Rat erhalten. Die Wachen wurden durch die Wehr getragen. Die durch der Rekrut geführte und verringerte deutsche Polizei vermochte den Dienst nicht gehörig auszuführen. Die Appells der Bürgerwehr pigten folgende Siffern: am 12. November 1918: 580 Polen, 160 Deutsche, 36 Juden (Kommunisten); am 16. November 1918: 760 Polen, 180 Deutsche, 12 Juden (Kommunisten); am 17. November 1918: 1050 Polen, 200 Deutsche, 12 Juden (Kommunisten); am 18. November 1918: 1370 Mann, 100 Deutsche und 12 Juden.

Am 18. November erlangten mit vom A.- und S.-Rat 500 Gewehre, 10000 Schlosse, 300 Mäntel, Stiefel, Schußw., moonen mir den Deutschen in Solachitz 50 Gewehre überließen. Untertan des Kommandos war Kamerad Poljnycki, der alles daran setzte, um unsere Vorgänge zu mehrten. Wir wählten den Meisten täglich 5-6 M., die der Magistrat hergab. Aus eigenem Gutten zahlten wir täglich 3 M. hinaus. In die Kommission für militärische Angelegenheiten wurde ein Komitee ernannt für die Stadt Posen wählten wir sechs Mitglieder: Vangse, Respecki, Kulczyk, Ciele, Walski und Korjemenki.

Uns und den sechs Militärs sah der Vorsitzende des Volksrats, Dr. Gieslonski, vor. Schon am 19. November fortbieten mir eine polnische Polizei. Wir schickten Dr. Gieslonski, Kuzelski, Kuzelski, Kuzelski, ein Verzeichnis von Versteckungskammern zu, aber die Sache ging förmig gegen uns. Am 20. November schickte uns in Kommando kopierte Kommando Saispoki eine Reorganisation und Zentralisierung vor, die er später auch mit einem großen Aufwande an Arbeit und eigenem Gut vorzüglich durchführte.

Unterdessen gürte es in der Stadt immer mehr. Alarme, Gefährliche, Diebstähle und freche Raubverfälle, Fortführung von Kriegsmaterial (Kammern, Munition, Waffen), von Akten verschiedener Behörden, Bankgebäude (Weichsbank: 2 Mil. Geld, 6 Mil. Schatzkassen, 2 Mil. Posterscheine) alarmierten die Bürgerwehr unablässig; es wurde aber leider nur ein Teil von der Wegführung geteilt, da ausdrückliche Anordnungen nicht vorlagen, den Bedarf aufzubieten. Die Deutschen beschafften sich und verhandeln dabei fast über Kopf Waffen und Munition zu Selbstzwecken, Anfordern und Beamten, damit der Feindeshaß nach seinem Eintreffen in ihnen wirksame Unterstützung.

Am 27. November hielt das Oberkommando von dem Rechtsanwalt Macieszek eine Beratung ab zwecks Organisierung einer Volks- (nicht Bürger-) Wehr im ganzen Gebiet, wenigstens aber im Posenischen. In dieser Beratung nahmen teil: Vangse, Kuboffski, Korjemenki und Suij. In dem uns von Herrn Srebnicki geleitetem unternahm ich zur Verfügung gestellten neuen Verzeichnisse und unter anderem Posen für Dezember 17500 M. Er wurde vom Volksrat der Stadt Posen auf 10000 M. erhöht, eine Summe, die mit dem Gang der Ereignisse für die wöchentlichen Auszahlungen hiezerte. Am 30. November beschloßen wir, in unseren Wachtposten Sanitätsstationen einzurichten, womit sich Kamerad Worski beschloß. Das Scharwachsen unserer militärischen, tatsächliche aber polnischen arbeiten mit dem Scheinbar partizipieren, tatsächliche aber polnischen

Militär, da die Deutschen Hulewic und Dalusch die beiden Bataillone Wsch- und Scherfensiedler völlig zu polenisieren wollten, ferner das Gefolge in den Soldatenlagern, die der Mutter und dem Vater der Deutschen Handgranaten auf das Wasserlager der polenischen militärischen Organisation warfen, alles das fiel den Deutschen auf die Kerzen."

Auch hier das Ergebnis. Während die deutsche Wehrmacht verfiel, boten die Polen in Polen eine Kriegsmacht unter der Vorgabe einer Bürgerwehr an. Sie wurde von dem S.-Rat mit Waffen und scharfen Schießselen versehen. Die Aufstellung ging schnell vor sich und übertraf die polenische der Provinz. Die polenische Gefolge sämtlicher Militärstellungen wogte sich also vor den Augen und unter Mithilfe des A. und S.-Rates, dessen deutsche revolutionäre Mitglieder völlig beiseite gedrängt waren.

Von Aepelick Bericht muß aber etwas richtiggestellt werden. Er spricht von einer großen Unordnung, Diebstahl, Raub, Fortführung von Geld, Gefährdung und Verschwendung von Waffen zu den unähnlichen Umständen. Dieser vermehrt hier in jedem die Zeit des deutschen Soldatenrates mit der Zeit nach dem polenischen Aufstande, also nach dem 27. Dezember. Entweder hat ihn sein Gedächtnis getäuscht oder er ist, wie so oft, der Schwert verfallen, die deutsche Zeit schlecht zu machen. Die Diebstähle hatten sich zwar bereits in der Zeit des Soldatenrates gemehrt. Sie betrafen meistens Nahrungsmittel, da in gewissen Kreisen die Abrechnung groß war. Einzelne große Einbrüche, wie die auf der Bahnhöhe, in dem Gefängnis und in dem militärischen Prokuratorat finden besonders auf und wurden viel besprochen. Ich war damals mehrere Male als Zeuge bei den Diebstählen geladen und auch als Geschworener tätig. In allen Fällen des Diebstahls und des Einbruchs handelte es sich um Nahrungsmittel und Gemüsmittel. Dabei wurde natürlich auch Geld mitgenommen, was es zu finden war. Häufiger aber ergreift man sich an Vieh, das man fortführt, auf dem Felde schädelt und auf dem Viehhofe einnimmt oder verkauft. Immer wieder waren es halbwildjüngliche polenische Jungen, die diese Einbrüche und Diebstähle verübten. Der Mord D. in der Viktorienstraße fällt schon in die polenische Zeit. Ich war selbst auf das Vollverhör als Zeuge geladen. Die Täter waren ein polenischer Soldat und das polenische Dienstmädchen aus der Familie der Ermordeten. Beide wurden verurteilt und hingerichtet. Die Einbrüche auf der Bahnhöhe und den Militärschleichen der Garmjan waren mehr oder weniger polenische Raubzüge. Später kamen die Polen auch, eine Menge Wäpfe und ebenso eine große Anzahl von Militärstiefeln zum Vorschein. An der Polener Straße konnte man die gefürchtete Kuche in Hunderten von Metern trocken sehen. Dagegen trifft zu, daß die deutschen Gendarmen ihre Rollen und Vorgesetzten und die Arbeitstätigen in Polen möglichst einschränkten, eine Wirtschaftskrise, die selber von den Deutschen viel zu wenig anerkannt worden ist, immer wieder in Erinnerung zu rufen wird. Zwar befanden sich dort rund 60 schwere und parallel russische Stellungsgeschütze, die aus Romo gebracht und als nicht verwendungsfähig erachtet waren. Sie standen im Freien zwischen der Handhose und der Dahnbrücke und fielen später den Polen in die Hände. Andere Geschütze waren damals in Polen nicht vorhanden. Schießungen von Waffen waren aus der Angelegenheit. Wo immer eine Transportstraße wurde, die Straße mit einem einzigen Jagd auf Waffen — endete die Sache immer den Polen im Wohlgefallen. Es heißt sich nämlich immer heraus, daß die Schieber Polen waren. Derselbe Übertriebenheit und Verschwendung von Geldern finden sich bei Aepelick büffeln. Sein Gedächtnis zeigte sich gar zu schwächer als sein nationales Empfinden. (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Frauen!

Soldaten der Nation danken dir, Mutter und Frau.

August 1914! Die Wärfel fallen. Krieg ist das Wort, das widerhallt auf allen Straßen, von allen Gassen und Plätzen. Ein Volk steht auf, die Heimat zu schützen; die Heimat zu halten, das Vaterland. Kampffreude ergreift ein Volk und mutig greifen die Männer zur Waffe.

Nun deutsche Mutter, deutsche Frau, deutsches Mädchen, kommt deine große Stunde. Nun muß du dein Viehlein hergeben. "Wo, warum?" Du fragst? Du weißt, es gibt eine höhere Pflicht und während alles im Jubel geht, steht du und bist stolz und freudig zugleich und bist dennoch groß, denn du jünger ein Leben in deine Augen, obgleich dir das Herz brechen will, vor Schmerz und demang Weh.

Kolonnen ziehen dahin, kaum bricht ihr Strom einmal ab, geflohen sind die Reihen und sie alle, die dort marschieren, lassen daheim eine Mutter, eine Frau oder ein Mädchen, das sich bangt und trauert und doch auch weilt. Sieht.

Trachten kommen. Vom Vormarsch, von Siegen, von hartem Kampf — und mit diesen Nachrichten kommen Befehle. Nun müssen die Jünger, die Dritt- und die Viertgeborenen folgen. Wieder kehrt da die Mutter, das Gesicht ist verhärtet, doch in den Augen liegt stiller Schmerz. So geben sie hin, was ihnen das teuerste ist —

Gemengert! Jünger! Verdammt Champagner! Skoggerack! Jüngerlands Schmeißer — — — wer nennt all die Namen? O, ihr Mütter, wenn diese Namen erklingen, dann brechen die eben vernarrten Wunden wieder auf, denn dort liegt euer höchstes Gut, die Blüte eines Volkes.

Krieg — Heimat! In der Heimat ist es böse geworden. Da spritzt der Feind die Granaten, ein ganzes Volk soll nun Achtung geben. — — — Soht ihr die Mutter dort draußen steht, Stank im Stund' marieren? Wenn hätte sie eine Mutter leben können, doch ihr Kinder hungern? Sorge um die dort draußen, Sorge um die daheim, Sorgen, nichts als Sorgen, nehm, o Mutter, du dein. — —

Mutter, hab' Dank, du trugst zwar am schwersten und bliebst dennoch die Stärkste.

November 1918! Nun kehren die Krieger heim, o Gott, wie licht ist die Mutter dort draußen, Mutter, sei stark und still. Die dort wiederkehren, liegen kaum mehr, sie sehen dahin, ein verlassenes Heer, unbefragt und doch die Sieger sind.

Eine Mutter erwartet den Sohn, Blumen der Liebe sind kein Lohn. Endlich ist Friede! Friede! So nannten sie es. Gewöhnlich wollten sie, aber mehr vor Friede, noch Gerechtigkeit, wohl aber versuchten sie, nun, da Deutschland entwaffnet, den gefesselten Riesen Stütze zu entziehen.

Sei stark, Mutter, und weine nicht, Deutschland ruft wieder, unser Gebet heißt Pflicht!

Es sollte Friede sein und doch war es schlimmer wie je zuvor. Deutsche Mutter, deutsche Frau, deutsches Jungmädchen, nun heißt es abermals für euch entgehen. Ihr hört den Ruf der Grenzlandbrüder, dort sind Deutsche in Zoll —

Was mir geht, was Freierkämpfer und dann? Das wissen wir nicht, ins Volkstum einzufließen, vielleicht auch nach München — —

War es, Mutter, Jünger, den Sohn im Feld zu wissen, Jo hörter noch jetzt. Das war dein Schoß. Von der Regierung betrogen, dem Volke verstoßen, von der Bürgerlichkeit belächelt oder als Landeskrieger, Strome und Politikumhandeln sein besichtigt, verstoßen von der Heimat, vertrieben, verachtet, so taten wir unsere Pflicht — und das heißt es nicht. Weisbad will gingen, du fragst nicht, und konstatt auch du uns nicht ganz verlassen, Jo war dennoch bei dir gültiges Verbleiben.

9. November 1923 in München. Kälter, frohger Herbst. Straßenkampf. Ein halbes Bataillon hätte einen großen Häuserblock besetzt. Um die kleine Schor baut sich der Feind auf, M.S. ohne Ziel, schwere Minnenwerfer, Geschütze, Panzertruppen und Infanterie in Massen. Mittleres Höhenbatterien geht über die Geschütze. Wie oft hat dieses Bataillon uns verrotten? — — — Volk sammelt sich am Proletarboch, neugierig die meisten, viel Schmeißer. Da kommt eine Frau, eine Mutter, mit seinem, solemel Schmeißer. "Nann ich gar nicht helfen?" Ich fuhr ab. — — — "Rein, gnädige Frau, geben Sie hier weg, hier wird gleich alles gelassen, es ist ja doch alles verrotten, verrotten." — — — "So geben Sie mit ein Gemot, ich kann damit umgehen, dann werde ich mit euch Deutschen gehen." — — — "Nann, wir die eble Frau zu bewegen, fortzugehen. Dank dir, deutsche Frau, deutsche Mutter, auch in jener Stunde verstandst du uns!"

Am Abend des gleichen Tages, der noch heißt für jene Schor war. Das Bataillon zieht ab. Auf einer Bahre liegt ein Gefallener. Ein junger Leutnant ringt noch mit dem Tode, er muß zurückgeschoben werden. Schuß der Marsch durch die Straßen der Stadt, kein Vieh hebt an, kein Vieh. Berne eine Kompagnie des "Vaterland" wird mit blutiger Zellbahn, getragen von sechs Mann, und dann wieder eine Kompagnie. Ein düstere Jag. Der Weg führt durch die Vorstadt, ein Arbeiterort. Kein Wort des Spottes dort man. Die Männer nehmen die Hüte ab, die Frauen weinen und da — kommen Arbeiterfrauen, deutsche Mütter, und küssen die blutige Zellbahn, mit der der tote Soldat bedeckt war. — — — Die Kameraden ist, verrotten die große Sache. Doch Dank dir, Mutter, deutsche Frau, nur die Liebe gab die Kraft, trotz allem den Kampf um Deutschland neu zu wagen.

Kampf um das Reich! Soldaten der Nation. Kein Ruhetag, kein Ermüden, Saalshuh, Propaganda bis tief in die Nacht. Dort lauert der Tod, hier hält er Wacht. Verbot, Terror, sie schrecken nicht, Deutschland ist Gebet, Deutschland heißt Pflicht!

Süßemholt uns, zu unserm Schicksal, Straßenkloster! Die Saat wird, so molten wir sie ganz verderben, die da bandeln für Deutschland, drum trauet sie fort von der Arbeitsstelle. — — — Arbeitlos! — — — Hunger kehrt ein, schnell wird die Kost, dennoch — — — bietet mit aus. O Dank ihr Mütter, ihr deutschen Frauen! Ob Terror auch drohte, Hausübung war, ob Gefängnis winkte oder die Cotenbahre, ihr wart bei uns, ihr verstanden uns, das danken wir euch!

Straßenglocken klingen über Deutschland, Straßenkloster! Die Saat ist aufgegangen, Deutschland ist außerstanden zu neuer Kraft. Ihr Mütter, Frauen, auch gilt unser Dank. Ist Deutschland denn frei, so auch durch euch!

Richard W. Tries, Landesführer Rheinland-Westfalens des B.V.O.

Gott ist da!

Stürzt nieder
Vor Himmel zu Erden,
Doch nicht durch
Durch auch erhoben werden
Die Menschen zu Gott.

In Tönen erklingen
Vollst Besungen,
Palmenreihen schwingen
Durch alle Jüngern

Menschen kniet nieder,
Sich hangen
Durch des Himmels Nieder
Die Saal' sich erhebt.

Stauet und schweiget,
Himmel sieht nach.
Sich kühnert sich beuget,
Gott — der Schöpfer und Herr!

Gotthilf Piersich.

Der Bund Deutscher Osten an der Arbeit.

Offenpreußenfahrt des Bundesführers.

Im Rahmen der großen Aufgabe des Bundes Deutscher Osten, Gesamtdeutschland unter Osten nahebringen, übernahm der Bundesführer Dr. Dückte als Protokollator über eine Ostland-Expedition in die Ostpreußen, die im Herbst 1918 durch die Aufnahme der Landesgruppe Rheinland-Westfalen des Bundes Deutscher Osten an ihrer Arbeit. Sie ging ursprünglich zum Hauptverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen, der inzwischen in den Bund Deutscher Osten übergegangen ist. An der Fahrt nahmen etwa 25 Vertreter führender rheinischer und westfälischer Zeitungen aus Essen, Köln, Krefeld, Bielefeld, Bonn, Koblenz, Münster, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Bielefeld an. Berlin teil. Nach der Fahrt durch den Weichselkorridor wurden die Dreißigertreue in Marienburg auf ostpreußenhohem Boden von dem Bundesführer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Oberländer, Königsberg, willkommen geheißen. Am Abtunungsdenkmal gedachte Dr. Oberländer des glänzenden Abtunungsfestes in Westpreußen und Masuren im Jahre 1918 und legte die politischen imperialistischen Absichten der Ostpreußen dar. Er bekannte: „Wir geloben an diesem Denkmal, daß wir uns mit allen Kräften dafür einsetzen werden, nicht nur, daß dieses Land deutsch bleibt, sondern daß auch das Land jenseits der Weichsel und Rogot, das man uns geraubt hat, einst wieder deutsch sein muß und deutsch sein wird.“ In Marienburg erleben die westdeutschen Dreißigertreue bei einem Empfang bei dem Regierungspräsidenten Wadding an der Hand der Karten und des Schicksals von Ostpreußen, die im Jahre 1918 in Umlinierung durch die übermüht fremde Hand, die alle alte Karte aus dem 16. Jahrhundert, die nur deutsche Ortsnamen kennt, zeigte besonders sichtlich den historischen deutschen Charakter des Weichsellandes. Sie gehört zu jenen jüdischen Urkunden, die, mögen es Grundbücher, Schöffenbücher oder Urkunden aus dem Zustehen der Weichselländer, nie, ungenau ungenau geschichtlich-kulturellen Anzeichen auf das Land an der Weichsel beweisen. Auf einer Fahrt an die Weichselgrenze wurde den westdeutschen Dreißigertreue der Weichsel der Verfallener Grenzregelung zum Bewußtsein gebracht. Sie sahen den durch die Grenze in mehrere Stücke zerfallenen Reich, der die Marienwälder Klöster nur überbrückungsmittel schütz, sie erlebten das Schicksal der fünf Weichselbüdler, die von ihrem deutschen Hinterland bei der Grenze abgetrennt und von dem neuen Polen durch die Weichsel getrennt und in der Grenzlinie, der sich dem freien Zugang Ostpreußen zur Weichsel bei Krasno, in dem Gefaß des Grenzschiffbaues, der die Provinz von ihrem Strom trennt. In Wischnow wieder die Unmöglichkeit der Grenze, die die Stadt von drei Seiten umklammert, mitten durch ihre Straßen geht, ihr den Bahnhof raubt und sie zum wirtschaftlichen Gezwänge. Dann Wllesien, Cannenberg, Nationaldenkmal. Durch diese Dreißigertreue gewonnenen der Osten. Denn jeder, der mit eigenen Augen den Korridorbau auf der Fahrt durch den Korridor erlebt, den Vernichtungsmitteln unserer Gegner durch Aufenthalt an der Weichselgrenze selbst spürt, der auf der Fahrt durch Ostpreußen nach seiner Hauptstadt Königsberg den Auswirkungen des Verfallener Viklets auf Schritt und Tritt begegnet, wird fortan kämpfen für den Osten. Die westdeutschen Dreißigertreue hatten zudem durch die gemeinsame Fahrt mit ihrem Dreißigertreue, Dr. Dückte, Gelegenheiten, aus erster Quelle über die Aufgaben und den Aufbau des Bundes Deutscher Osten eingehend unterrichtet zu werden.

Die Offenpreußenfahrt des Bundesführers hatte ihren Höhepunkt in einer maßvollen Rundgebung in Königsberg. Anlaß bildete die Gründung der Ortsgruppe Königsberg des Bundes Deutscher Osten am 14. Juli. Anlaß für die werdende schafft der nationalen Bewegung im Bund Deutscher Osten Gestalt genommen ist, war die Tatsache, daß die neue Wula der Unierität die Teilnehmer der Rundgebung kaum fassen konnte. Dieses erste begeisterte Bekannnis der Königsberger Bevölkerung zum Bund Deutscher Osten und seinem Zweck begründet die Hoffnung, daß der Bund in der Hauptstadt Ostpreußens bald alle aktiven Kräfte für seine besonderen Aufgaben in sich vereinigen wird. In seinen einleitenden Worten betonte der Bundesführer Offenpreußen des Bundes Deutscher Osten, Dr. Oberländer, daß nunmehr die eigentliche Bundesarbeit beginne, nachdem die organisatorische Zusammenfassung aller an der Offarbeit interessierten Verbände und Vereine durchgeführt sei. Dann führte der Bundesführer Dr. Dückte in einer bedeutungsvollen, mit großem Interesse aufgenommenen Rede etwa folgendes aus:

„Der Osten, der bisher das Stiefkind des Reiches war, rückt jetzt mehr und mehr in den Vordergrund des deutschen Lebens. Die deutsche Zukunft hat da zwei vorzügliche Aufgaben zu erfüllen, die beide, das das Leben eine Totalität ist, in innerem Zusammenhang stehen und Arbeit für Generationen bedeuten. Die erste ist die Erringung eines nördlichen deutschen Sozialismus, eines Sozialismus deutscher Art, nordischer Herkunft, germanischer Drängung. Nehmen wir dem Wort seinen fremdartigen Klang, so heißt es nichts anderes als Gemeinheitsgefühl, Gemeinheitsgefühl, Gemeinheitsgefühl. Gemeinheitsgefühl bedeutet, daß man sich nicht nur mit dem Gedanken einigt, sondern mit dem Willen einigt. Nicht mit marxistischem Kollektivismus, sondern mit dem wahrhaftigen Sozialismus die Geschichte zu durchdringen, ist unsere Aufgabe.“

Dieser Gemeinheitsgefühl ist unserem deutschen Volk ebensojünglich fremd wie sein Nationalismus, sein Bekenntnis zum Volkstum. Seit

Beginn unserer Geschichte unterscheiden wir uns von den anderen Völkern merklich durch unsere Einstellung zu diesen beiden Begriffen, zu Sozialismus und Nationalismus, zu Gemeinheitsgefühl und Bekenntnis zum Volkstum. Erst durch beides konnten unser Volkstum das werden, was es jetzt ist.

In innerem Zusammenhang hiermit steht die zweite Aufgabe unserer Zeit: Die Behauptung des Ostlandes, die Wendung des deutschen Weltbildes zum Osten hin, denn unser Schicksal wird sich in Zukunft im Ostraum erfüllen.

Als wir tausend Jahre das Slaventum weit über die Weichsel bis zur Elbe und Saale vorgehoben war, konnten wir diesen verlorenen Ostraum nur wiedergewinnen durch das Behalten an diesen beiden Begriffen. Der Ostraum ist eben eine Schöpfung des Sozialismus und des Nationalismus, des Nationalsozialismus.

Es wäre nicht zurückgewonnen worden, wenn diese Menschen nicht getragen worden wären von dem bedingungslosen Glauben an ihre Sendung. Immer wieder wurden ihre Bürger niedergebeugt; oft mußten Führer und Gefolgschaft ihre Verdienste in den feindlichen Osten mit ihrem Blut bezahlen. Sie konnten sich in diesem Raum überhaupt nur halten durch das Gemeinheitsgefühl und durch das absolute Ja, das sie zu ihrem Volkstum fanden.

Die Mönchsorden und der Ritterorden sind leuchtende Beispiele hierfür. Wenn sie ihre Burgen oder Dome bauten, wenn sie ihre Vorplätze absteckten oder ihre Stabkirchen durchführten, immer befaßte sie das Gemeinheitsgefühl. Aus Nationalismus und Sozialismus, die Ostmark gebildet, ging eine dieser Begriffe verloren, wurde das Werk der Wiedergewinnung der Ostmark zerstört.

Bei die Herren in Thorn und die Eldebrüder ihren Eigenmut zum Gemeinut vorstellten, verlor der Orden 1410 die Schlacht bei Cannenberg. Das war kein Nationalismus mehr, als man Bündnisse mit Polen abschloß.

Die reichsgeworbenen Überalliten von Thorn und Danzig begannen damit Volks- und Landesverrat, und ihr Verhalten rächte sich über dieses Volkstum hinweg. Die zweite Schöpfung des Ritterordes und des Treuhaftes Danzig war nur dadurch möglich.

Als leuchtendes Beispiel der Treue, die uns auch heute wieder groß gemacht hat, steht jene Erklärung der Ratsherren von Marienburg, die sie vor 500 Jahren abgaben, als sie dem Orden die Gefolgschaft verjagen wollten: „Solange es noch einen einzigen Ordensritter in Preußen gibt, soll er unser Herr sein, und keinem anderen wollen wir sein Ja sagen.“

Auf dem nationalsozialistischen Staat des Großen Kurfürsten folgt dann später der Selbstentzug und der Nationalpolitik Friedrich der Große. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts mit seiner Treibheit des Geldes und der Vergewöhnung des Jahrs verbindet die Kolonisation vollständig. Das deutsche Volk besaß nicht mehr die Kraft zum Kolonisieren.

In Polen wuchs das Polentum trotz der staatlichen Anliebungskommission. Überdies trugen die Ausmaße des Liberalismus und selbstgebildeten Autoritätsprinzip dazu bei, daß der Ausgang des vorigen Jahrhunderts die Rinder der deutschen katholischen Kolonisten in polnische Schulen geschickt wurden und damit einseitig gegen ihren Willen aus dem deutschen Volkstum ausgehoben wurden.

Das ermöglichte erst den Raub des Korridors; das zeigte aber auch, daß man kein echter Nationalist mehr war, sondern Imperialist. Wir aber wollen Menschen eines Volkes sein und nicht Menschen der übersee. Wir wollen hier unser Volkstum der höchsten Vollendung entgegenführen.

Als am 1. Dezember 1918 die ersten Schüsse in Polen fielen, als man uns dann Polen nahm, da erwußte das deutsche Nationalgefühl wieder, und alles, was national empfand, das främte damals zum Osten, um ihn zu verteidigen. Der Staat von Weimar aber und seine Neoliberalregierung, die keinen ostdeutschen Menschen an ihrer Spitze hatte, fiel den Straßkämpfern in den Rücken und fabrizierte die Verteilung der Ostpreußen. So konnte der Raub der Ostgebiete nicht verhindert werden, und Berlin selbst, die Reichshauptstadt, wurde Grenzgebiet.

Aber immer mehr breitet sich die Offthehung aus und mehr darauf hin, daß der Osten unser Lebenstum sei. Adolf Hitler erkannte damals lehrhaft, daß das neue Reich nur nationalsozialistisch gestaltet werden könne und sein Antlitz nach dem Osten gerichtet sein müsse. Als der Nationalsozialismus nach dem Norden und Osten kam, ergriß er diese Menschen mit ganzer Kraft, denn er war ihnen ja nicht fremd.

Im Hitler, der ein Sohn der ältesten deutschen Ostmark ist, lebt der Grenzgericht, der Grenzlangheit, der das deutsche Volk immer wieder emporgeworfen hat. So wurden die deutsche Offthehung und der Nationalsozialismus Kampfsphären und mündeten nach dem 30. Januar 1933 ineinander ein.

Hier war die Stunde gekommen, um den Bund Deutscher Osten zu gründen. Dieser Bund ist kein Bund der 33 Provinzialparteien. Das hat der Osten in seiner großen Erbennacht ganz klar und eindeutig herausgehoben. Gerade diese Nationalisten sind, erkennen wir das Nationalgefühl anderer Völker an, ebensojünglich lassen wir uns unsere Art und unser Volkstum diffamieren.

Der Nationalsozialismus rechnet nicht in Grenzen, sondern in Räumen; ja, auch nicht einmal das; das Wesentliche ist ihm das

deutsche Menschentum, das national und sozialistisch ist. Der Nationalsozialismus will, daß das deutsche Volkstum erst wieder geboren wird. Von allen Schicksal bedrückt, als krisenkränkelnd Kern dieses neuen Menschentum zu verwickeln, ist in erster Linie die junge Generation berufen.

Ostpreußen, das nicht erst in den letzten vierzehn Jahren vernachlässigt und verelendet ist, bedarf zu seiner Rettung und Erlösung ganz besonderer Maßnahmen.

Wolff Fittler und Erich Koch haben auch hier an den Anfang die Tat gestellt.

Was es aber auch sei, in all diesen Dingen will der Bund Deutscher Osten mitwirken und als mehrte Volksgemeinschaft in na-

tionalsozialistischem Geiste diesem schönen Lande und unserer Idee dienen.

Ich rufe daher alle auf, mitzuarbeiten. Es geht nicht an, daß sich die deutsche Wissenschaft um weltferne Dinge kümmert und darüber das eigene Volk ganz und gar vergißt. Die Arbeit des Bundes Deutscher Osten wird dafür sorgen, daß die deutsche Wissenschaft ihre Volkstreue nicht als etwas Außergewöhnliches auf, an dem man sich gelegentlich einmal freut, sondern liebt sie es mitten ins Leben hinein! Wenn sie alle tätig mitwirken, werden mit die Arbeit unserer Kampfer, Jahre an seiner Stelle, am meisten fördern. Stellen wir uns ihm als seine getreuen Gefolgsmänner zur Verfügung, und werden wir das deutsche Antlitz nach dem Osten."

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Verleihung des Ostpreußenkreuzes an den Bundesführer.

Das für Verdienste um Ostpreußen und Danzig gestiftete Ostpreußenkreuz wurde unserem Bundesführer Dr. E. Dückte verliehen und bei einer feierlichen Kundgebung am Cannenbergsdenkmal von dem Führer der Arbeitsgemeinschaft ostpreußischer Regimentsvereine, Dr. Kollmeit, überreicht.

Dieselbe Auszeichnung erhielt auch Herr U. Boenkke, Hagen i. Welf., der bisherige Vorsitzende des Hauptverbandes Rheinland-Westfalen der heimattreuen Ost- und Westpreußen, der inzwischen im Bund Deutscher Osten aufgegangen ist.

*

Der Heimatbund Ostpreußen hat am 10. Juli nach über 14 Jahren seines Bestehens die Auflösung beschlossen. Damit hat dieser Bund der nach Vereinbeteiligung in der gesamten Ostarbeit strebenden Entwicklung Rechnung getragen.

*

Verfammlungskalender.

Ostgruppe Berlin-Mord: Am 24. Juli 1933, abends 8 Uhr, außerordentliche Hauptversammlung im Restaurant Pfisterberg, Schönhauser Allee 176 (am Senefelderplatz).

Personalveränderungen usw. . .

Der preussische Ministerpräsident und Innenminister Göring hat dem Oberpräsidenten Kube die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz Posen-Westpreußen neben seinen sonstigen Dienststellen übertragen. Die königliche Vertretung in den Geschäften als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen führt der Regierungspräsident in Schneidemühl bzw. der Regierungspräsident in Schneidemühl. Damit ist die Personalunion der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen aufgelöst worden.

Weiterhin ist dem Finanzverwaltungsreferent Dr. Wresen-Hannover die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten in Schneidemühl und gleichzeitig auch die ständige Vertretung des Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen übertragen worden.

Wie der Amtliche Preussische Preßdienst mitteilt, hat der preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit den Oberbürgermeister Winkacker beauftragt, die von Oberpräsident Brückner bei seiner Anwesenheit in Braunsberg angefertigten Verbände der oberpreussischen Wirtschaft zu prüfen und zu ordnen.

Der preussische Ministerpräsident Göring hat in einem Telegramm dem Oberpräsidenten von Schlesien und Gauleiter Selmaus Drückner zum preussischen Staatsrat ernannt. Der Ministerpräsident beglückwünscht darin den Oberpräsidenten zu der von ihm im neuen Staatsrat zu erfüllenden hohen Aufgabe für Volk und Land.

Nach dem neuen Gesetz über den Provinzialrat und seiner Anlage sind für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen fünf Provinzialräte auszuwählen, und zwar drei nach Gruppe 1, d. h. Kreisleiter der NSDAP, sowie höchster Führer der SA, und SS, und zwei nach Gruppe 2, das sind diejenigen Männer, die sich um Volk und Staat innerhalb der Provinz verdient gemacht haben.

Der bisher kommissarische mit der Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. beauftragte Landrat Dr. Eichler ist nunmehr zum Regierungspräsidenten ernannt worden.

Als Regierungspräsident ist der bisherige Vizepräsident bei der Regierung in Ansbach, Hoffmann von Sandes, nach Frankfurt a. d. O. versetzt worden.

Der bisherige Landrat Egidi aus Rügitz (Kreis Ostpreußen) ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten am Schwebender Oberpräsident beauftragt worden. Er hat sein Amt bereits angetreten. Vizepräsident Egidi wurde am 28. Februar 1937 Regierungsassessor und ist seit dem 17. März 1931 Landrat.

Haus „Kurmark“.

Stufe 4.	libertrag: 668,20 RM.
Ortsgruppe Berlin-West	35,- "
Ortsgruppe Drossen	30,- "
Amt für Auslands- und Grenzlandfragen der Deutschen Pansamendenschaft, Berlin-Pankow	30,- "
Ortsgruppe Danzig	25,- "
Ortsgruppe Rößel	20,- "
Ortsgruppe Röll	20,- "
Ortsgruppe Köln	12,- "
Dr. Ghele, Hellsbrunn, Bundesführer	10,- "
Ortsgruppe Wernigerode	10,- "
Ortsgruppe Schmölln	10,- "
Ortsgruppe Friedberg, Hm.	10,- "
Ortsgruppe Neu-Deutschen	10,- "
Ortsgruppe M. Jahn	10,- "
Ortsgruppe Neuloh	10,- "
Ortsgruppe Nordhausen	10,- "
Ortsgruppe Dethlitz	5,- "
Ortsgruppe Arenberg	5,- "
Ortsgruppe Barch	5,- "
Ortsgruppe Zielona	5,- "
Rektor i. R. Kuppal, Berlin-Korow	5,- "
Deutschmann, Schneidemühl	5,- "

Stand vom 19. Juli 1933 946,20 RM.

Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Preßdienstes ist Landrat Dr. Urbank in den einheimischen Ruhestand versetzt worden.

Oberpräsident Koch hatte am Sonntag vormittag der Stadt Eßling einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm in feierlicher Sitzung im Rathaus der Ehrenbürgerbrief überreicht.

Der bisherige Preßreferent der Gruppe Ostmark, unser Mitarbeiter Kurt Oskar Gark, hat seit dem 15. Juli in der gleichen Eigenschaft seinen Dienst im Reichsland angetreten.

Der Magistrat der Stadt Merzig hat die Ehrenbürger der Stadt, die Oberpräsidenten v. Dillow und v. Meibom, aus der Liste der Ehrenbürger gestrichelt, weil sie mit dem alten System in enger Verbindung standen.

Durch Beschluß des Danziger Senats ist der Danziger Gauleiter der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Albert Forster, zum Ehrenbürger von Danzig ernannt worden.

Der Domster Bürgermeister Dickmann, der seit einigen Monaten beurlaubt ist und gegen den ein Strafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung schwebt, ist in Schutzhaft genommen und in das Zuchthaus Gefängnis angelegelt worden. Ebenfalls in Schutzhaft genommen wurde der ehemalige Geschäftsführer der Domster Kreisgenossenschaft Dohm, J. o. p.

In diesen Tagen feierte die evangelische Kirchengemeinde Sibirsk (Morosnow) im Kreise Carnikau das 150jährige Jubiläum der Weib ihrer Kirche. Die Gemeinde befehrt bereits seit dem Sibirskrigen Kriege. Die ersten Aufzeichnungen reichen bis zum Jahre 1625 zurück. Von den Anfängen wurde die Sibirsk Kirche erbaut, die zu den ältesten ihrer Art im ganzen Gebirge überhaupt gehört. In der letzten Zeit nahmen Superintendent Starke aus Carnikau, der frühere Pfarrer der Gemeinde, Pastor Rapppe aus Kolberg, teil. Ein Vertreter des Konfessionsrats überbrachte die Grüße der Kirchengemeinde.

Unver-
züglich

müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für August/September aufgegeben werden. Ein Setz-
führer 200 Bl. zu zahlen. Der Setzpreis für
2 Monate beträgt 1,00 RM. (ohne Zustellungsgeb.)

